

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

121. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Juli 1999, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

in Vertretung von Renate Gröpel

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Fehlende Abgeordnete**

Eva Peters (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Modernisierung der Infrastruktur der Landesverwaltung; Errichtung eines Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/3515	
<b>2. Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdrucke 14/3513 und 14/3571	
<b>3. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>8</b>
Umdruck 14/3480 - Verwaltungsvereinbarung: Förderung des Wohnungswesens Umdruck 14/3494 - Entwicklung der Steuereinnahmen (Umdruck 14/2747)	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlußfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Modernisierung der Infrastruktur der Landesverwaltung;  
Errichtung eines Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 14/3515

Einleitend moniert Abg. Sager, daß das Finanzministerium bereits gestern der Presse gegenüber über dieses Projekt berichtet habe, so daß der Finanzausschuß in der heutigen Sitzung das Vorhaben wohl lediglich noch „abnicken“ solle. Dieses Verfahren des Finanzministeriums sei nicht in Ordnung.

St Döring erklärt, daß der Finanzausschuß in seiner letzten öffentlichen Sitzung ausführlich über die Maßnahme informiert worden sei und daß dem wiederum mehrere Informationen vorausgegangen seien. In dem Bericht der „Kieler Nachrichten“ vom heutigen Tag heiße es auch, daß die Landesregierung die Errichtung eines Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein beabsichtige und daß dazu noch die Zustimmung der parlamentarischen Gremien erforderlich sei. Insofern habe die öffentliche Information durch das Finanzministerium auch unter dem Vorbehalt gestanden, daß über das Projekt hier entschieden werde.

St Döring führt sodann in die Vorlage ein. - In der folgenden Aussprache gibt Abg. Kubicki eine Reihe von Bedenken zu Protokoll. Die vorgestellten Berechnungen seien nach Auffassung der F.D.P. nicht sehr vertrauenserweckend. Viele Daten seien nichts anderes als „Daumenpeilungen“. Dies gelte zum Beispiel für die Angaben in der Anlage 3 zum Landespersonal auf Seite 7 sowie zu den Vermittlungskosten auf Seite 11. An manchen Stellen dränge sich der Eindruck auf, daß die Daten bewußt so gewählt worden seien, damit sich daraus ergebe, daß sich der Verkauf der landeseigenen Telefonanlagen rechne. Ihm sei nicht ganz klar, warum dann, wenn das Land die Anlagen behielte, quasi automatisch eine „Artenvielfalt“ gegeben sein sollte; denn auch dem Land bliebe es unbenommen, sich beim Ersatz der Telefonanlagen an jeweils denselben Anbieter zu wenden. Weiter falle ihm, Abg. Kubicki, auf, daß die Tarife, die angeboten worden seien - diese fielen ja im Rahmen des liberalisierten Telefon-

marktes ständig -, bei der Deutschen Telekom nicht gerade die billigsten seien. Die beschriebenen Vorteile wie zum Beispiel die Übernahme der Altanlagen lasse sich die Deutsche Telekom über die teureren Tarife zweimal bezahlen. Der Vergleich mit den Kosten anderer Anbieter führe durchaus zu der Frage, ob nicht durch die zu erwartenden Tarifsenkungen die Vorteile, die in der Vorlage bei der Übernahme von Anlagen beschrieben worden seien, vollständig kompensiert werden könnten. Er wolle deshalb wissen, ob die Angebote privater Anbieter im entsprechenden Bereich in gleicher Weise untersucht worden seien.

St Döring antwortet, er habe bei seinen einleitenden Worten mit Absicht von einer „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung“ gesprochen, weil nämlich nicht der Eindruck erweckt werden solle, daß das Zahlenmaterial exakt bis auf eine Kommastelle durchgerechnet worden sei. Dies gelte auch für den Bereich des Vermittlungspersonals. Hier habe man eher konservativ gerechnet, so daß es durchaus so sein könne, daß hier wahrscheinlich noch sehr viel mehr Personal in Zeiteinheiten eingesetzt sei, als man es aufgeschrieben habe.

Noch einmal sei darauf hinzuweisen, daß es sich hier um ein wichtiges Modernisierungsprojekt handele, von dem die Landesregierung annehme, daß es sich über zehn Jahre auch finanziell zum Vorteil auswirken werde.

Wenn gesagt worden sei, daß in die Betrachtungen zu teure Tarife eingerechnet worden seien, dann widerlege dies die ebenfalls geäußerte Vermutung, daß das Finanzministerium Zahlen „geschönt“ habe.

Was die Erneuerung anbelange, hätte Abg. Kubicki recht, wenn man zugrunde legte, daß hier einmal eine große Ausschreibung gemacht und alles auf einmal beschafft würde. Das kostete 33 Millionen DM an Investitionen, die der Haushalt gar nicht hergebe. Wenn man „bescheiden“ beschaffe, würde unter Umständen derselbe Hersteller den Zuschlag bekommen, aber es müßte immer neu ausgeschrieben werden, so daß sich durchaus die Frage stelle, ob er dann jeweils der günstigste Bieter wäre. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, würde man auf jeden Fall jeweils andere Geräte bekommen, weil natürlich immer der neueste Stand beschafft werden müßte. Es existierte dann also immer ein Altbestand und ein Neubestand, und beide wären nicht kompatibel.

Was die Tarife anbelange -so fährt St Döring fort -, wolle das Land natürlich am Wettbewerb teilhaben. Deshalb beabsichtige man auch, ein Vertragswerk mit verschiedenen Einzelverträgen abzuschließen und durch Klauseln sicherzustellen, daß man am Wettbewerb partizipieren könne. Ziel sei es, so etwas wie ein „last call“ von Telekom zu haben. Dies bedeute, man werde feststellen, wer günstigster Bieter sei, und die Telekom habe dann die Möglichkeit, zu den Be-

dingungen einzusteigen. Das, was dem Finanzausschuß hier vorgelegt worden sei, entspreche dem, was man zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Vorlage gekannt habe. Man verhandle so, daß im Juli abgeschlossen werden könne. Wichtig sei dabei - so betont St Döring abschließend noch einmal -, daß Gleitklauseln vereinbart würden, die sicherstellten, daß man gerade bei den Gebühren vom Wettbewerb am Markt profitierte.

Der Finanzausschuß stimmt sodann mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P. der Vorlage 14/3515 zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdrucke 14/3513 und 14/3571

Auf der Grundlage der oben genannten Umdrucke referiert St Döring den aktuellen Sachstand.  
- Die Ausschußmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis und vereinbaren einmütig, die Diskussion im Herbst dieses Jahres fortzusetzen; bis dahin werden die noch erforderlichen Anpassungen in der Standardsoftware durch die Firma SAP erwartet.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Die Ausschußmitglieder nehmen die Umdrucke 14/3480, Verwaltungsvereinbarung: Förderung des Wohnungswesens, und 14/3494, Entwicklung der Steuereinnahmen, zur Kenntnis.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Sager nimmt Bezug auf Pressemeldungen, nach denen es bei der Kfz-Steuer erhebliche Rückstände geben solle. - Im Rahmen einer kurzen Diskussion verweist Abg. Neugebauer auf die hierzu in der 118. Sitzung am 20. Mai auf der Grundlage des Umdrucks 14/3290 geführte Diskussion. Wenn der in dem Zusammenhang vom Finanzministerium erbetene Bericht vorliege, werde man sich ohnehin erneut mit diesem Thema befassen. - Diesen Verfahrenshinweis nehmen die Ausschußmitglieder ebenfalls zur Kenntnis.

Dem Wunsch von Abg. Sager nach einer Information über den neu geschaffenen Investitionsfonds zur Modernisierung von Kommunalverwaltungen mit zeitgemäßer Informationstechnologie folgt der Finanzausschuß mit der Bitte an die Vertreter des Finanzministeriums, in der nächsten Sitzung des Ausschusses hierüber zu berichten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Neil

Protokollführer